



Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl/Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Betrieb: Name und Ort \_\_\_\_\_

männlich  weiblich  vollzeitbeschäftigt  teilzeitbeschäftigt

Auszubildende/r bis: \_\_\_\_\_  Student/in

gewerbl. Arbeitnehmer/in  Angestellte/r  kaufm.  techn.  Meister

Nationalität \_\_\_\_\_

Mitgliedsbeitrag (% des monat. Bruttoverdienstes) \_\_\_\_\_ ab Monat \_\_\_\_\_

geworben durch (Name und Betrieb) \_\_\_\_\_

**Einzugsermächtigung/Bankverbindung**

Kto.Nr. \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

in PLZ \_\_\_\_\_

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung in Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Hiermit ermächtige ich wiederum die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des Einkommens bis zum Quartalsende bei Fälligkeit einzuheben. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

**Ort/Datum/Unterschrift**

aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen wird. Zugleich wird die Bevölkerungszahl sinken. Das bedeutet, dass pro Kopf mehr und nicht weniger Reichtum produziert wird als heute.

Da der Anteil der Älteren steigt, müsste der Rentenbeitrag in den nächsten Jahrzehnten erhöht werden, um das bisherige Sicherungsniveau zu halten. In der gesetzlichen Rente wäre dies für die Beschäftigten dennoch günstiger als eine Zusatzvorsorge, die sie ohne Arbeitgeberbeitrag alleine zahlen müssen. Wenn die Löhne entsprechend der Produktivität steigen, gäbe es trotzdem sowohl höhere Renten als auch höhere Nettoeinkommen der Beschäftigten.

Das Problem ist die Verteilung. Von 1992 bis 2008 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung um 26 Prozent. Die reale



**Nicht die Alterung der Bevölkerung, sondern Rentenkürzungen und Lohndumping gefährden die Rente.**

Bruttolohn- und -gehaltssumme lag 2008 jedoch niedriger als 1992. Kein Wunder, dass die Rentenkasse Probleme bekommt. Denn die Rentenbeiträge hängen fast vollständig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter ab. Das Grundproblem ist somit die Umverteilung von unten nach oben. Das preisbereinigte Unternehmer- und Vermögenseinkommen stieg im selben Zeitraum um 40 Prozent.

#### Gute Rente für alle

2010 muss die Regierung überprüfen, ob die Situation älterer Beschäftigter und der Arbeitsmarkt die Rente mit 67 vertretbar erscheinen lassen. Für die IG Metall ist klar: Sie darf keinen Bestand haben!



Wir wollen eine gute Rente, die vor Armut schützt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Alle müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Das schützt die Betroffenen und bringt mehr Geld in die Rentenkasse.

#### Wir fordern:

- ▲ Die Rente erst ab 67 und die Maßnahmen zur Rentenkürzung müssen zurückgenommen werden;
- ▲ flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 und verbesserte Erwerbsminderungsrenten;
- ▲ die geförderte Altersteilzeit muss wieder eingeführt werden;
- ▲ gute Arbeit, gesetzlichen Mindestlohn und kräftige Einkommenssteigerungen, damit der wachsende Reichtum auch bei uns ankommt und zur Finanzierung der Renten zur Verfügung steht.

Mehr Infos: [www.igmetall-bezirk-frankfurt.de](http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de)

#### IMPRESSUM:

Herausgeber  
IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt am Main  
Wilhelm-Leuschner-Straße 93  
60329 Frankfurt am Main  
[www.igmetall-bezirk-frankfurt.de](http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de)  
Redaktion: Dorothee Wolf, Alexander Scharff  
Verantwortlich: Armin Schild

Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Wir danken dem Ressort Wirtschaftspolitik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die freundliche Unterstützung und Überlassung der Materialien.

[www.igmetall-bezirk-frankfurt.de](http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de)



Bezirk Frankfurt

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN



**Achtung:  
Arbeiten bis 67**

**Gerechte Rentenpolitik  
geht anders!**



Bezirk Frankfurt



## RENTE MIT 67 BEDEUTET RENTENKÜRZUNG

Erst mit 67 Jahren in Rente? Für viele ist es kaum vorstellbar, so lange zu arbeiten. Ein großer Teil der Beschäftigten hält nicht einmal bis zur heutigen Altersgrenze von 65 Jahren durch. Ursachen sind schlechte Arbeitsbedingungen.

**Rente mit 67 bedeutet für Millionen Menschen nichts anderes als Arbeitslosigkeit und Rentenkürzung.**

In vielen Betrieben werden schon heute keine über 50-Jährigen mehr beschäftigt. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen sind noch erwerbstätig. Ältere sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Trotzdem will die Bundesregierung ab 2012 die Altersgrenze planmäßig bis 2029 auf 67 Jahre anheben, so wie CDU/CSU und SPD es 2007 beschlossen haben.

Rente mit 67 heißt: Rentenkürzung für alle, die früher in den

Ruhestand gehen. Wer dann mit 65 Jahren geht, erhält 7,2 Prozent weniger Rente. Wer mit 63 geht, verliert 14,4 Prozent. Die geförderte Altersteilzeit, die vielen Beschäftigten einen vorzeitigen Ausstieg ohne große Verluste ermöglicht hat, ist 2009 ausgelaufen.

Zusätzlich haben Rot-Grün und Schwarz-Rot durch den Einbau von Riester-Faktor und „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenformel die Renten faktisch gekürzt. Außerdem wurden die Rentenbeiträge von Langzeiterwerbslosen drastisch vermindert. Die schwarz-gelbe Koalition will sie jetzt ganz streichen.

### Arbeitgeber und Versicherungen profitieren

Begründet wurden diese „Reformen“ mit dem Ziel, den Beitragssatz zur Rentenversicherung in den kommenden Jahren nicht über 20 Prozent steigen zu lassen. Auch 2030, wenn die Zahl der Rentnerinnen und Rentner im Verhältnis

zur Zahl der Erwerbstätigen einen Höhepunkt erreicht, sollen es nicht mehr als 22 Prozent sein.

Doch die Beschäftigten haben davon nichts. Sie bekommen eine niedrigere Rente oder müssen viel Geld für Zusatzvorsorge aufwenden – und zwar ohne dass die Arbeitgeber die Hälfte dazu zahlen. Das wird teurer als wenn der Beitragssatz gestiegen wäre.



**Das Dogma der Beitragsatzstabilität nützt nur Unternehmen und privaten Versicherungen. Die Beschäftigten zahlen drauf.**

Es profitieren davon nur die Unternehmer, sie sparen Arbeitgeberbeiträge. Und die privaten Rentenversicherungen, die ein gewaltiges zusätzliches Geschäft



machen und daran prächtig verdienen. Ein Großteil der staatlichen Riester-Förderung geht für die Verwaltungskosten und Gewinne der Versicherungskonzerne drauf.

### Altersarmut droht

Immer mehr Menschen finden nur noch Teilzeit- oder Niedriglohnjobs. Entsprechend gering sind die Rentenbeiträge. Dies trifft besonders für Minijob-Beschäftigte zu. Auch ein großer Teil der neuen „Solo-Selbstständigen“ ist nicht oder nur unzureichend rentenversichert. Sie alle erwerben nur gerin-

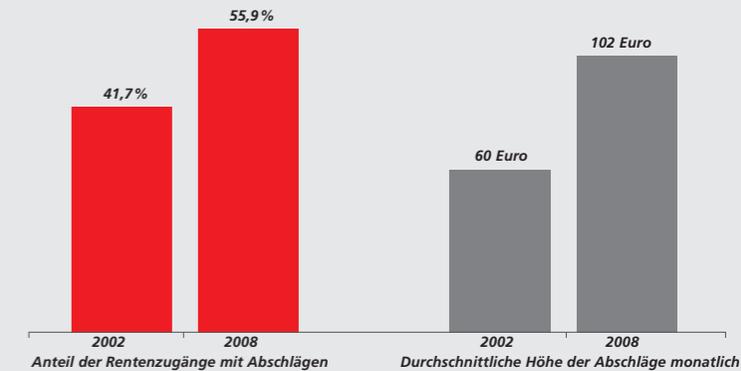
ge Rentenansprüche, und zugleich fehlen der Rentenversicherung die Beitragseinnahmen.



**Altersarmut und Absturz im Lebensstandard: das droht in Zukunft immer mehr Menschen.**

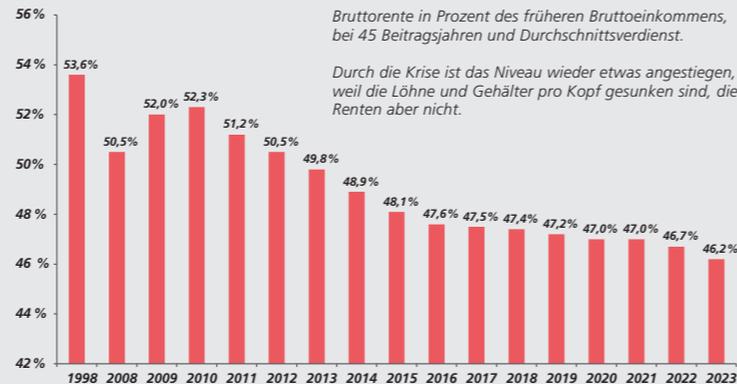
Die Folge: Altersarmut, die in Deutschland fast überwunden schien, wird in Zukunft wieder zu einem Massenphänomen werden. Besonders Frauen werden die Leidtragenden sein.

### Immer mehr gehen mit Abschlägen in Rente



Schon in den vergangenen Jahren gingen immer mehr Menschen vorzeitig und mit Abschlägen von bis zu 18 Prozent in Rente. Mit der Rente mit 67 wird sich ihr Anteil noch mehr steigern.  
Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung

### Das Rentenniveau sinkt



Durch die Rentenreformen seit 1998 sinkt das Niveau der gesetzlichen Rente relativ zum früheren Bruttoeinkommen künftig stark ab. Auch wer sich eine Riester-Rente leisten kann, wird selbst bei voller Ausschöpfung das frühere Rentenniveau nicht erreichen können.  
Quelle: Rentenversicherungsbericht 2009